

Nachrichten

Ethik **Churer Bischof****kritisiert Homo-Adoption**

Der Churer Bischof Vitus Huonder kritisiert die Haltung der Politik, wonach auch homosexuelle Paare künftig Kinder adoptieren können. Zudem spricht sich Huonder dafür aus, dass Eltern ihre Kinder vom Sexualunterricht an der Schule dispensieren können. Es sei höchst problematisch, wenn Kindern die Verwendung von Kondomen empfohlen werde, sagte Huonder gegenüber der Zeitung «Der Sonntag». Dies sei Ideologie – und damit ein Eingriff des Staates in die religiöse Hoheit und die Erziehungshoheit der Eltern. (SDA)

Managed Care **SP****unterstützt Referendum**

Obwohl die Meinungen innerhalb der Partei geteilt sind, haben die SP-Delegierten am Samstag in Luzern die Unterstützung des Referendums gegen die Managed-Care-Vorlage entschieden. Es sei illusorisch zu glauben, dass diese Revision die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität senken werde, wurde argumentiert. Die Befürworter des Referendums waren unter anderem der Ansicht, dass diese Vorlage, wie sie verabschiedet wurde, die Sparpolitik im Gesundheitsbereich verstärkte. Mit 124 zu 54 Stimmen und 5 Enthaltungen entschieden sich die Delegierten, das Referendum zu unterstützen. (SDA)

Bausparinitiative **EVP****fasst Nein-Parole**

Die Delegierten der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) haben am Samstag in Langenthal BE die Parolen für drei Vorlagen gefasst, die am 11. März 2012 zur Abstimmung gelangen. Sie verwarfen die Bausparinitiative und den Gegenentwurf zur Initiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls». Die Ja-Parole fassten die rund 100 Delegierten zur Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen!». Die Parolen zur Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» und zum Bundesgesetz über die Buchpreisbindung will die EVP am 21. Januar 2012 fassen. (SDA)

Zitterpartie für Schneider-Ammann

Bundesratswahlen Die SP-Spitze wird Eveline Widmer-Schlumpf zur Wiederwahl empfehlen

VON SIMON FISCHER

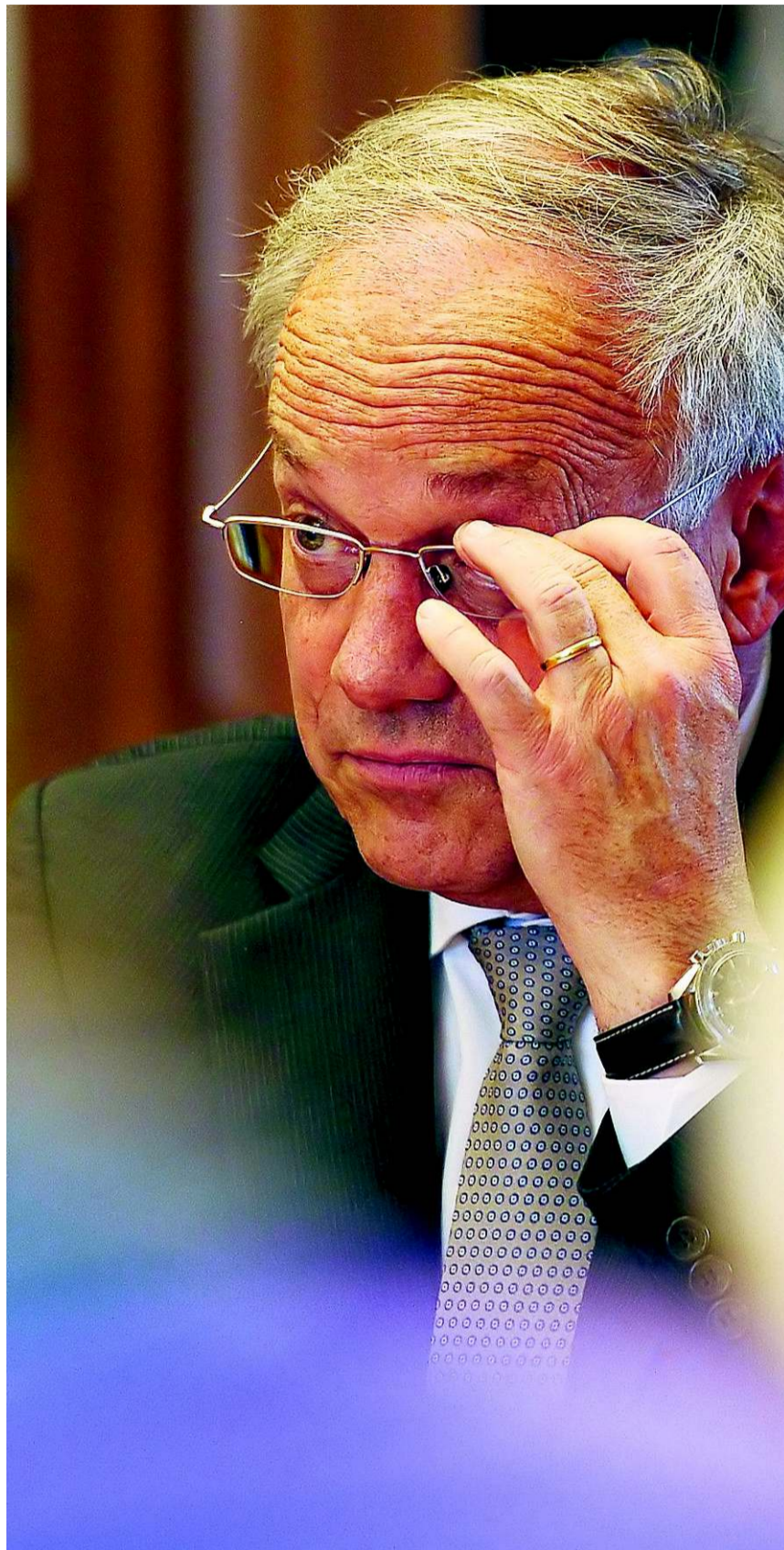
Die gestrige Wahl des Solothurner CVP-Nationalrats Pirmin Bischof in den Ständerat ist ein doppelter Schlag für die FDP. Einerseits stellt sie – erstmals seit der Gründung des Bundesstaats 1848 – im Kanton Solothurn keinen Ständerat mehr. Weit mehr Kopfzerbrechen bereiten dürfte dem Freisinn aber, dass die Christdemokraten im Parlament nun mit 41 Sitzen exakt gleich viele Mandate halten wie die FDP. Bei den Fraktionsstärken sieht es noch besser aus für die CVP, denn sie kann auch auf die Stimmen der beiden EVP-Vertreter zählen. Damit dürften sich die FDP-Vertreter nun davor hüten, darauf hinzuweisen, bei Bundesratswahlen sei auch die Stärke einer Fraktion wichtig – wie in der Vergangenheit oft geschehen.

Keine Freude dürften die Freisinnigen am Wochenende aber auch an der SP gehabt haben. In einem Interview mit der «Südostschweiz am Sonntag» kündigte SP-Präsident Christian Levrat nämlich an, die Parteispitze werde der Fraktion morgen beantragen, BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wiederzuwählen. Es sieht also ganz danach aus, dass die entscheidende Frage am 14. Dezember nicht lauten wird, ob Widmer-Schlumpf wiedergewählt wird, sondern vielmehr, ob die FDP den Sitz von Johann Schneider-Ammann an die SVP wird abgeben müssen. SP-Chef Levrat forderte von

Toni Brunner geht davon aus, dass seine Partei nicht scheitern wird.

der SVP denn auch ein klares Signal, ob diese bereit sei, Schneider-Ammann anzugreifen, um den zweiten Sitz zurückzuerobern. «Ich erwarte, dass die SVP ihre Position endlich klärt», sagte Levrat und warf der SVP vor, einen Zickzackkurs zu fahren und auf Zeit zu spielen.

SVP-Präsident Toni Brunner hingegen geht nach wie vor davon aus, dass seine Partei beim Kampf gegen Widmer-Schlumpf nicht scheitern wird, wie er gegenüber der Zeitung «Der Sonntag» erklärte. «Falls doch, hätte das Parlament die Konkordanz willentlich gebrochen», sagte Brunner.



Nachdenklich: Johann Schneider-Ammann.

STEFFEN SCHMIDT/KEYSTONE

Sollte dieser Fall eintreten, sei dies ein bewusster Entscheid gegen die SVP, weshalb die Partei im Parlament einen Unterbruch der Wahlen beantragen werde. Eine solche Unterbrechung würde wohl dazu dienen, zu entscheiden, ob die SVP ohne zweiten Sitz den Gang in die Opposition wagen und damit auch Verteidigungsminister Ueli Maurer aus der Landesregierung zurückziehen soll. Immerhin dachte SVP-Chefstrategie Christoph Blocher vor einigen Tagen bereits laut über dieses Szenario nach.

Allerdings ist es höchst fraglich, ob die Mehrheit der Parlamentarier einem solchen Unterbruch der Wahl zustimmen würde. Denn SVP und FDP haben keine Mehrheit im Parlament – was nicht zuletzt auch zur Argumentation seitens der Mitte- und Linkskräfte führt, man dürfe den beiden Parteien damit auch nicht zu einer Mehrheit im Bundesrat verhelfen. Heute werden die CVP und die BDP ausserdem dar-

FDP-Präsident Fulvio Pelli glaubt nicht an einen Sitzverlust.

über informieren, in welcher Form sie künftig enger zusammenarbeiten wollen. Ein weiterer Grund, der für Widmer-Schlumpf spricht – und gegen Schneider-Ammann.

Obschon mittlerweile alles für die BDP und gegen die FDP spricht, zeigt man sich beim Freisinn noch einigermaßen gelassen. Parteipräsident Fulvio Pelli zeigte sich gestern auf Anfrage davon überzeugt, dass sich der grosse Kampf am 14. Dezember um Widmer-Schlumpf drehen werde, nicht um Schneider-Ammann. «Wenn die SVP im zweiten Wahlgang den Sitz nicht bekommt, wird es schwierig für sie», meinte er. Trotzdem sei es nicht konstruktiv von der SP, jetzt Forderungen an die Adresse der SVP zu stellen. «Denn die SVP hat nie gesagt, sie werde uns angreifen», so Pelli. SP-Chef Levrat suche jetzt nur eine Ausrede, um den Bruch mit der Konkordanz zu rechtfertigen und eine Mitte-Links-Regierung zu installieren. «Es ist nicht verboten, die Konkordanz zu brechen», sagte Pelli. Aber dann solle man zumindest den Mut haben, klar zu sagen, dass dies die Absicht sei.

Gastbeitrag von Daniel Bochsler zur Zusammensetzung des Bundesrats und den Interessen, die hinter der Sitzverteilung stehen

Konkordanz: Kalkulation oder Kalkül?



VON DANIEL BOCHSLER*

■ **NIRGENDWO** steht das Prinzip der breiten parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrates festgeschrieben. Die Schweizer Regierungskonkordanz beruht daher bestenfalls auf Parteienabsprachen oder auf zufälligen Mehrheitskonstellationen im Parlament. Mangels anderer Argumente suchen die Parteien jetzt in mathematischen Formeln Legitimität für ihre Ansprüche. Solche Kalkulationen beruhen jedoch höchstens auf Gewohnheit; umso wichtiger ist also der Blick zurück. Entwickelt hat sich die Konkordanz aus zwei Komponenten, einer arithmetischen und einer politischen.

SEIT DEM AUSBAU der direktdemokratischen Rechte, 1874 und 1891, sind in der Schweiz Regierungen ohne breite Abstützung zum Scheitern verurteilt. Dank Referenden und Initiativen hat die Opposition in der Schweiz ein einmaliges Mittel in der Hand, um die Regierungsarbeit zu blockieren

und so die eigene Einbindung zu erzwingen. Die Regierungsbeteiligung haben sich die Minderheitsparteien jeweils mit Oppositionsdruck erkämpfen, aber auch mit programmatischen Konzessionen erkaufen müssen. Insbesondere dem Eintritt der SP in den Bundesrat (1943) ging ein Stück Anpassung voraus. Sie schraubte ihr klassenkämpferisches Vokabular etwas zurück und bekannte sich zur Landesverteidigung, und oftmals wurden (vermeintlich) gemässigte Kandidaten in den Bundesrat gewählt.

FÜR DIE ZUSAMMENSETZUNG der Regierung bietet aber die Arithmetik Hand. Parteistärken lassen sich mit mathematischer Präzision in Sitzansprüche umrechnen. Aufgrund der Stimmenanteile der Parteien lautet die proportionale Formel: 2 SVP, 2 SP und je 1 FDP, CVP und Grüne. Diese Formel kommt jedoch keiner der Parteien entgegen, und daher bleibt die Algebra in der Schublade und wird durch Pseudo-Arithmetik ersetzt, et-

wa durch die aus der Luft gegriffene 2-2-2-1-Formel der FDP, mit Verweis auf die Wähleranteile. Pikanterweise verteidigte die FDP ihre Doppelvertretung noch vor kurzem mit Blick auf die Sitzzahl in der Vereinigten Bundesversammlung. Weil diese aber heute den 2. Sitz nicht mehr legitimieren würde, ist die Partei klammheimlich auf den Wähleranteil umgeschwenkt. Interpretationsspielraum ergibt sich auch im rechnerischen Umgang mit ausgetretenen oder ausgeschlossenen Regierungsmitgliedern.

SP-Dissidenten wurden in den Kantonen in der Regel auf Kosten des SP-Sitzanspruches wiedergewählt, bis zu ihrem Rücktritt, etwa der Aargauer Kurt Wernli. Das Gleiche könnte analog für Widmer-Schlumpf gelten. Alles in allem entpuppen sich vermeintlich mathematische Kalkulation also eher als pragmatisches – sprich willkürliches – politisches Kalkül.

DER POLITISCHE ASPEKT der Konkordanz lässt sich hingegen nicht prä-

zis in Formeln giessen, sondern ist politische Verhandlungs- (und Manipulations-)masse. Zurzeit wird an der Berner Börse als Preis für die Einbindung der SVP immer wieder das Bekenntnis zum bilateralen Weg sowie die Absage an Volksbegehren, die ihn gefährden würden, genannt. Interessanterweise sollen den Preis aber nur die Kandidaten, nicht aber die Partei selbst zahlen. Legitimiert wird diese Forderung mit dem nicht näher definierten Landesinteresse oder mit Interessen der Wirtschaft, gelegentlich auch durch Volksabstimmungen. Doch wer die politische Konkordanz auf Abstimmungsergebnissen basieren möchte, begibt sich auf Glatteis. Setzen wir diese Idee konsequent um, dann müsste nach jeder Abstimmungsniederlage der Bundesrat in corpore ausgewechselt werden.

DABEI WIRD VERGESSEN, dass das Volk selber den politischen Kompromiss weit über arithmetische Formeln stellt: In den Kantonen und Gemeinden, wo das Volk die Regierungen bestellt, hat die SVP seit ihrer programmatischen Neuausrichtung an Einfluss verloren und umgerechnet nur noch 13 Prozent der kantona-

len Regierungssitze inne. Wie beim Sturm aufs Stöckli verwandelt sich bei Regierungswahlen der Blocher-Kurs zum Bumerang-Effekt. Und nach dem Ausschluss der BDP fehlen in der SVP prominente Köpfe links von Blocher. Diese SVP hat bei den Wählenden keine Chance auf (volle) Regierungsbeteiligung.

DIE REGIERUNGSFORMELN der Schweizer Kantone und Gemeinden, aber auch des Bundesrats, haben viel mit Übereinstimmung in politischen Kernfragen zu tun, was auch das Volk verlangt. Legitimation für die Regierungsformel könnten demnach direkte Verhandlungen und für die Wählerinnen und Wähler einsehbares Koalitionsabkommen verschaffen. Dies könnte auch legitimieren, dass nicht immer alle Kräfte mit rechnerischem Regierungsanspruch eingebunden werden. Ein Weg, der viel transparenter und legitimer wäre als meist falsche Pseudo-Kalkulationen.

* **Daniel Bochsler**, tätig am Zentrum für Demokratie Aarau sowie im nationalen Forschungsprogramm NCCR Democracy an der Universität Zürich.